

PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

Petra Pau (Die Linke) Bundestagsvizepräsidentin und Innenexpertin, gab heute, 18.07.12, dem Südwestrundfunk ein Interview zum Thema: **Zukunft des Verfassungsschutzes**. Das „SWR2 Tagesgespräch“ führte Uwe Lueb.

Mit freundlichen Grüßen
Zentrale Information

Chefredaktion Hörfunk
Zentrale Information

SWR Tagesgespräch

Postadresse 76522 Baden-Baden

Hausadresse Hans-Bredow-Straße
76530 Baden-Baden

Telefon 07221/929-23981

Telefax 07221/929-22050

Internet www.swr2.de

Datum: 18.07.2012

Pau: „Geheimdienste können Demokratie nicht schützen“

Baden- Baden: Die Linken beharren auf grundlegenden Änderungen beim Verfassungsschutz. Die Innenexpertin und Vizepräsidentin des Bundestages, Petra Pau, sagte im Südwestrundfunk (SWR), es könne nicht sein, dass Bundesinnenminister Friedrich nur die Spitze austauscht und dann weiter gemacht werde wie bisher: „Ein Geheimdienst ist nicht geeignet, die Demokratie zu schützen.“ Die Pannen des Verfassungsschutzes in Bezug auf die Nazi-Terrorgruppe NSU seien ein Beispiel dafür: „Wenn sie nicht mitbekommen haben, dass Nazis mordend durch das Land ziehen, sind sie überflüssig, wenn sie es hingenommen haben, dann sind sie gefährlich und wenn sie es vertuscht haben, dann sind sie antidemokratisch.“ Die Linken blieben daher bei ihrer Forderung, die Geheimdienste abzuschaffen. Aber „das ist vermutlich nicht mehrheitsfähig“, so Pau. Daher solle Bundesinnenminister Friedrich vorschlagen, wie er den Verfassungsschutz umbauen wolle und das werde dann bewertet.

Das Problem des Rechtsextremismus in Deutschland bezeichnete Pau im SWR als größer als vermutet. Selbst die Zahlen der Bundesregierung über rechtsextreme Straftaten müssten immer wieder nach oben korrigiert werden. Den heute vorgelegten Bericht des Verfassungsschutzes werde sie zwar aufmerksam lesen, so Pau. Aber „in den letzten 20 Jahren wurde im Verfassungsschutzbericht nicht ein Mal vor der tödlichen Gefahr, die von Rechtsextremisten ausgeht, gewarnt“.

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Lueb: Bundesinnenminister Friedrich, CSU, und Noch-Verfassungsschutzpräsident Fromm stellen heute den neuen Verfassungsschutzbericht vor. Die Berichte des Verfassungsschutzes der vergangenen Jahre scheinen im Nachhinein, nach der Enttarnung des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds, NSU, in Bezug auf Rechtsradikalismus wenig glaubhaft. Trauen Sie dem Bericht, der heute vorgelegt wird?

Pau: Ich werde ihn heute aufmerksam lesen. Aber Sie haben natürlich Recht: in den letzten 20 Jahren wurde im Verfassungsschutzbericht nicht ein Mal vor der tödlichen Gefahr, die von Rechtsextremisten ausgeht – das ist ja nicht nur der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund, sondern wir haben über 150 Menschen, die seit 1990 durch Neonazis ermordet wurden in der Bundesrepublik - davor wurde in diesem Bericht nicht gewarnt. Ganz im Gegenteil, das Problem wurde eher verharmlost.

Lueb: Für wie groß halten Sie das Problem des Rechtsextremismus in Deutschland denn nach dem Bekanntwerden des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds, NSU, wirklich?

Pau: Ich halte das für ein sehr großes Problem. Und es mag einmalig sein, dass ein Trio, und gegebenenfalls Unterstützer, zehn Jahre unerkannt raubend und mordend durch die Bundesrepublik ziehen. Aber ich frage seit Jahren die Bundesregierung Monat für Monat nach der Entwicklung von rechtsextremen Straftaten, und selbst der offizielle Befund, der immer wieder nach oben korrigiert werden muss, weist aus, dass stündlich in der Bundesrepublik im statistischen Schnitt zweieinhalb rechtsextreme Straftaten registriert werden. Das Problem ist also viel größer als man meint.

Lueb: Sie haben sich nach den Pannen des Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit dem NSU dafür ausgesprochen, den Verfassungsschutz abzuschaffen. Wollen Sie ihn ersatzlos streichen oder was soll an seine Stelle rücken?

Pau: Die Programmlage der Linken ist klar: den Verfassungsschutz, überhaupt Nachrichtendienste, abschaffen. Mein Vorschlag ist, das in drei Schritten zu tun. Erstens sofortiges Ende mit der unseligen V-Leute-Praxis. V-Leute sind keine netten Informanten von nebenan, sondern das sind vom Staat bezahlte Täter. Zweitens, Aufgabe des Geheimdienstcharakters - Gemeindienste lassen sich nicht kontrollieren. Und drittens Umwandlung der Behörde in eine Einrichtung der Politikberatung.

Lueb: Reicht denn nicht mehr Kontrolle der Geheimdienste? Ist es wirklich sinnvoll, sie ganz abzuschaffen?

Pau: Mehr Kontrolle - da mache ich schon mal ein großes Fragezeichen, inwieweit Kontrolle überhaupt möglich ist. Nicht erst seitdem ich Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss bin, weiß ich, dass die Gremien, die parlamentarisch kontrollieren sollen, erstens nur von den Geheimdiensten über die Dinge informiert werden, die die Geheimdienste für wichtig halten. Zweitens müssen die Mitglieder dieser Gremien ihr Wissen mit ins Grab nehmen. Sie dürfen darüber nicht einmal ihre Fraktionsvorsitzenden informieren, oder gegebenenfalls Innenpolitiker, wenn irgendwo was schief läuft und man gegensteuern muss. Und drittens, spätestens rund um die Vorgänge zur NSU-Aufklärung zeigt sich, dass da offensichtlich sich ein Korpsgeist entwickelt hat, der in keiner Weise kontrollierbar ist.

Lueb: Ihr Fraktionskollege Wolfgang Neskovic will den Verfassungsschutz nicht abschaffen. Er sagt als Beispiel, wenn die Feuerwehr bei einem Brand versagt hat, schafft man ja nicht gleich die Feuerwehr ab. Das klingt doch sehr nachvollziehbar.

Pau: Gut, bei allem Respekt, das Bild ist nicht so ganz stimmig, was der Kollege Neskovic gewählt hat. Um im Bild zu bleiben: der Verfassungsschutz hat sich hier offensichtlich in den letzten Jahren als Brandstifter betätigt. Und dann rufe ich natürlich den Brandstifter nicht dann hinterher zum Löschen. Während die Feuerwehr, meines Wissens, weder nachrichtendienstliche Mittel einsetzt, nicht in meine Wohnung eindringt, mein Telefon nicht

abhört und im Übrigen auch keine Provokateure losschickt, also sogenannte V-Leute, sondern hoffentlich, wenn es brennt, das Handwerk beherrscht und löschen kommt.

Lueb: Nun sind die Chancen auf die Abschaffung des Verfassungsschutzes relativ klein. Bundesinnenminister Friedrich will die Behörde umbauen, effektiver machen und sogar stärken. Und mit Hans-Georg Maaßen soll ein Spitzenbeamter aus dem Bundesinnenministerium künftig den Verfassungsschutz leiten. Ist das eine gute Lösung?

Pau: Also, zu Personalien werde ich mich nicht äußern. Ich kenne natürlich Herrn Maaßen, wie andere auch, die diskutiert werden, sondern das muss man dann klären, wenn klar ist welchen Charakter diese Behörde hat. Sie haben Recht, die Vorschläge der Linken sind wahrscheinlich nicht mehrheitsfähig. Insofern werden wir uns auch ganz genau ansehen, was Herr Friedrich vorschlägt. Eines geht allerdings nicht: zu sagen, die Spitze ist weg und wir machen weiter wie bisher und versuchen denjenigen, die sich um den Schutz der Verfassung im Alltag kümmern, wie zum Beispiel antifaschistische Initiativen, weiter hinterher zu schnüffeln, sondern hier muss sich ganz grundlegend etwas ändern.

Lueb: Und das wäre?

Pau: Meine Meinung ist ja, ein Geheimdienst ist nicht geeignet, die Demokratie zu schützen. Nehmen Sie das Beispiel Verfassungsschutz. Also, wenn sie nicht mitbekommen haben, dass Nazis mordend durchs Land ziehen, sind sie überflüssig. Und wenn sie es hingenommen haben, dann sind sie gefährlich. Und wenn sie was vertuscht haben, dann sind sie antidemokratisch. Daraus folgt für mich, dass Herr Friedrich gut beraten wäre, erst einmal aufzuklären was war, zu schauen, wie die Strukturen überhaupt gearbeitet haben, und ob dann irgendwo in diesem ganzen Laden eine Struktur ist, die sich tatsächlich mit der Gefährdung der Verfassung beschäftigt hat. Und dann soll er seine Vorschläge auf den Tisch legen und wir werden sie bewerten.

- Ende Wortlaut -